

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/87

6. Mai 1977

Solidarität schließt Eigeninteresse mit ein

Anmerkungen zum Londoner Wirtschaftsgipfel

Von Marie Schlei MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

US-Energiepolitik als Vorbild für die Bundesregierung?

Carters Vorschläge sind ein mutiger Schritt in die richtige Richtung

Von Dr. Detlev Rohwedder

Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft

Seite 3 und 4 / 74 Zeilen

Qualität der Europapolitik verändern

Europäische Integrationspolitik muß erneuert werden

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des SPD-Bezirks Südbayern

Seite 5 und 6 / 57 Zeilen

Vieles bewirkt und viel erreicht

Vater des "Staatsbürgers in Uniform" wird 70 Jahre alt

Von Karl Wilhelm Serkhan

Mehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

Seite 7 und 8 / 62 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Herausgeber: 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 125 408
Postfach 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 93 33 33
Telefax: 02 28 948-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 08 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Solidarität schließt Eigeninteresse mit ein

Anmerkungen zum Londoner Wirtschaftsgipfel

Von Marie Schlei MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Wenn am Wochenende die Staats- und Regierungschefs der größten Industriestaaten zum Wirtschaftsgipfel in London zusammenkommen, dann haben wir allen Grund, die Alltagsorgen, die uns gegenwärtig im eigenen Land bedrücken, für einen Augenblick beiseite zu stellen und uns auf ein Ereignis zu konzentrieren, dem historische Bedeutung zukommt. Die internationalen Anstrengungen zur Überwindung der krisenhaften Erscheinungen unserer Weltwirtschaft und die jahrelangen Bemühungen um einen Interessenausgleich zwischen den armen und den reichen Ländern dieser Welt treten in ihre entscheidende Phase. Nach dem Ölchock des Jahres 1973 haben alle Regierungen wirtschaftliche Krisen und psychologische Ängste, die zeitweilig das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre anzunehmen drohten, bewältigen müssen.

Jetzt zeichnen sich die Strukturen und Grundrisse einer neuen Ordnung ab. Sie ist geprägt durch die Erkenntnis weltweiter wirtschaftlicher Verflechtung und gegenseitiger Abhängigkeit. Kein Land und keine Regierung kann heute seine Interessen im Alleingang durchsetzen, ohne Gefahr zu laufen, durch negative Rückwirkungen bei anderen sich selbst zu schaden. Niemand sitzt heute am längeren Hebel. Kein Land kann es sich deshalb leisten, den Weg der Konfrontation zu gehen, alle sind darauf angewiesen, ihre gemeinsame Zukunft auf dem Wege des Kompromisses zu finden.

Seit wir erkannt haben, daß die Hilfsquellen dieser Erde begrenzt sind, ist die Position jener gestärkt worden, die darüber verfügen. Die Entwicklungsländer sind dadurch zu gleichberechtigten Partnern der Industrieländer geworden, deren Interessen respektiert werden müssen, wenn die Industrieländer ihre eigenen Probleme in Ordnung bringen wollen. Die Tagesordnung der

Londoner Konferenz zeigt: Weltwirtschaftspolitik kann nicht länger über die Köpfe der Entwicklungsländer hinweg geseht werden.

Auf der anderen Seite haben die Entwicklungsländer erkannt, daß sie die Industrieländer nicht in die Knie zwingen können, daß ihre eigene Entwicklung von der Leistungskraft der Industrieländer abhängt. Die internationalen Konferenzen der letzten Jahre haben dazu geführt, daß alle die beiden tragenden Elemente einer neuen Weltwirtschaftsordnung anerkennen: Solidität der eigenen Anstrengungen und Solidarität der Starken mit den Schwachen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist dem Gedanken der Solidarität besonders verpflichtet. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat dies in seiner Regierungserklärung verdeutlicht, als er mit Blickrichtung auf die Probleme des Nord-Süd-Konflikts daran erinnerte, daß wir Deutschen selbst als Volk einmal in einer Lage gewesen sind, in der wir dringend Hilfe von draußen gebraucht haben, um wieder aufbauen zu können. Er hat unsere Bereitschaft zur praktischen Solidarität glaubwürdig unter Beweis gestellt durch das Konzept einer Nord-Süd-Politik, das zum gemeinsamen Nenner aller europäischen Industrieländer für die am 30. Mai beginnende Schlußrunde des Pariser Dialogs geworden ist. Unsere Bereitschaft, bestimmte Rohstoff-Abkommen mit einem gemeinsamen Finanzierungs-Dach ins Auge zu fassen, unser Angebot, die Exporterlöse der Entwicklungsländer zu stabilisieren und den besonders hart bedrängten Ländern durch Schuldenlast-Erleichterungen entgegenzukommen, sind die konkrete Ausprägung dieser Solidarität mit den Entwicklungsländern.

Wir wissen, daß diese Politik Geld kostet. Wir wissen aber auch, daß wir gerade in dem Jahr, in dem uns der 30. Jahrestag des Marshall-Plans bevorsteht, zu besonderen Anstrengungen herausgefordert sind. Gleichwohl ist der Nord-Süd-Ausgleich nicht nur eine Frage der Moral: Wenn die Entwicklungsländer unsere Rohstoffversorgung sichern und wir dadurch die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft erhalten, dann sichern wir damit unsere eigenen Arbeitsplätze, wir sichern unsere Zukunft und die unserer Kinder. Diese zentrale Aufgabe zu lösen, ist die Herausforderung für den Rest dieses Jahrhunderts. Wer sie für uns löst, muß wissen, daß wir hinter ihm stehen.

(-/6.5.1977/ks/ben)

+ + +

US-Energiepolitik als Vorbild für die Bundesregierung?

Cartere Vorschläge sind ein mutiger Schritt in die richtige Richtung

Von Dr. Detlev Rohwedder

Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft

Das am 20. April 1977 vom amerikanischen Präsidenten Carter vorgelegte Energieprogramm ist ein mutiger Schritt in die richtige Richtung, den die Bundesregierung begrüßt. Auch Erhard Eppler ist in seiner Rede auf der energiepolitischen Fachtagung Ende April in Köln mit Recht anerkennend hierauf eingegangen. Amerikanisches Konzept und Eckwerte der Bundesregierung setzen zentral bei Maßnahmen zur rationellen und sparsamen Energieverwendung an. Energieeinsparung ist eine der entscheidenden Aufgaben der Zukunft, um die knappen Energiereserven zu schonen und die Umweltbelastungen in Grenzen zu halten. Eine Senkung des Energiebedarfs erhöht auch die Sicherheit der für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendigen Energieversorgung. Die sicherste und billigste Energie ist die Energie, die man einspart.

Die wichtigsten der geplanten Energieeinsparmaßnahmen in den USA setzen beim Auto und der Wärmeisolierung von Häusern an. Die traditionellen amerikanischen Benzinfresser sollen beim Kauf in Zukunft mit einer Strafsteuer belegt werden, während beim Kauf kleinerer Autos mit niedrigerem Energieverbrauch Rabatte gewährt werden. Gleichzeitig sollen die Benzinpreise durch eine eventuelle zusätzliche Benzinsteuer erhöht werden.

Natürlich wäre eine Verteuerung des Autofahrens auch in unserem Land ein möglicher Weg der Energieeinsparung. Erhard Eppler hat dies ja gefordert. Aber dabei muß man sehen, daß die deutschen Benzinpreise wegen unserer Mineralölsteuer schon heute doppelt so hoch liegen wie die amerikanischen Benzinpreise. Dabei ist auch zu sehen, daß bei uns der Trend zum wirtschaftlichen PKW seit langem besteht. Zweifellos kann und muß hier noch etwas getan werden und die Automobilindustrie arbeitet intensiv daran. Aber: Die Nachteile einer Politik, die auf einen Anstieg des Benzinpreiseniveaus abzielt, überwiegen derzeit klar. Hierdurch würden den Ölförderländern neue Argumente für weitere Preiserhöhungen geliefert und die Konjunktursituation ungünstig beeinflusst.

Beim zweiten zentralen Ansatzpunkt der amerikanischen Politik besteht vollatändige Übereinstimmung mit unseren eigenen Vorstellungen. Einer der

wichtigsten Bereiche, in dem Energie in unnötigem Maße verbraucht wird, ist die Heizung. Die bessere Isolierung von Häusern ist daher erforderlich. Für Neubauten sind inzwischen Standards für die Wärmeisolierung vorgeschrieben. Für Altbauten hat die Bundesregierung nachhaltige Maßnahmen angekündigt. Sie werden derzeit erarbeitet.

In der heutigen Diskussion und auch in der Diskussion um die amerikanischen Vorschläge wird oftmals das vergessen oder unterschätzt, was wir bereits erreicht haben. Es ist nicht von ungefähr, daß Präsident Carter die deutsche Energiepolitik anerkennend erwähnt. Denn in der Tat enthält das amerikanische Energieprogramm eine Reihe von Maßnahmen, die bei uns längst strukturell verankert sind. Dies gilt nicht nur für den Benzinverbrauch, sondern auch für die Zurückdrängung des Öl- und Gasanteils in der Kraftwirtschaft und die Förderung der Wärme-Kraft-Koppelung, um nur die wichtigsten Beispiele zu nennen. Nicht ohne Grund liegt ja die Bundesrepublik Deutschland im Energieverbrauch bezogen auf das Sozialprodukt unter den hochindustrialisierten Ländern am niedrigsten; niedriger als Japan, die Niederlande, Italien, Großbritannien, die USA und Kanada. Der Verbrauch in den USA war 1975 fast doppelt so hoch wie bei uns.

Sparsame und rationelle Energieverwendung ist wichtig, und es muß allen nur denkbaren Möglichkeiten nachgegangen werden. Dies ist angesichts unserer Energiesituation selbstverständlich. Wir müssen dabei aber nüchtern und realistisch prüfen und handeln. Und hier zeigt sich, daß der Einsparungsraum nicht unbegrenzt ist. Einsparungen brauchen vor allem Zeit. Zum Beispiel können Maschinen in der Industrie, Ölbrenner und Heizkessel beim Eigenheim nur allmählich und wenn eine Ersatzinvestition erfolgt, ausgetauscht werden.

Die reibungslose Versorgung unserer Wirtschaft und der Bevölkerung mit Energie ist lebenswichtig. Wir sollten uns davor hüten, dieses Versorgungsproblem auf die Energieeinsparung und die Hoffnung auf Wind-, Gezeiten- und Sonnenenergie zu verlagern. So wesentlich die Entwicklung aller dieser Bereiche ist, so wenig reichen sie in den nächsten 15 Jahren zur Lösung unserer Energieprobleme aus. Notwendig ist ein "policy mix", das gleichzeitig bei der Energieeinsparung, der Entwicklung alternativer Energien, dem verstärkten Einsatz der Kohle, der Energieforschung und auch dem stetigen und maßvollen Ausbau der Kernenergie ansetzt.

Dabei ist es mit nationaler Politik allein nicht getan. Ebenso wichtig ist die internationale Komponente, und in dieser Sicht gewinnt das amerikanische Energieprogramm eine zweite wichtige Dimension. Es ist notwendig, daß die USA ihre riesigen Öl- und Produktenimporte zügeln. Zu gut haben wir aus der Vergangenheit in Erinnerung, daß massives Käuferengagement der USA an den europäischen Produktenmärkten stets entsprechende Preisauftriebspuren zurückließ. In diesem Sinne bleibt zu hoffen, daß der amerikanische Kongreß Präsident Carter eine breite Unterstützung geben wird.

(-/6.5.1977/ks/ben)

+ + +

Qualität der Europapolitik verändern

Europäische Integrationspolitik muß erneuert werden

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Mitglied des Europäischen Parlament und Vorsitzender
des SPD-Bezirks Südbayern

Die Stagnation der europäischen Einigung muß durch eine stärkere demokratische Legitimierung überwunden werden. Daher ist die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs vom 12. Juli 1976 und die Unterzeichnung der Rechtsakte, das Europäische Parlament in Volkswahlen direkt wählen zu lassen, zu begrüßen.

Europäische Direktwahlen haben aber nur dann einen Sinn, wenn sie als Auftakt verstanden werden, die Qualität der Europapolitik zu verändern. Die Römischen Verträge haben in der Wirtschafts- und Währungsunion einen gemeinsamen Markt geschaffen mit freiem Waren- und Kapitalverkehr. Die EG ist eine Gemeinschaft vornehmlich der Eurobürokraten und der -technokraten, der Banken und Konzerne, der Geschäfte und überhöhten Agrarpreise geworden. Sie ist keine europäische Gemeinschaft der Völker. Sie ist eine Gemeinschaft mit einem für Sozialdemokraten unerträglichem Defizit. Die Vorbereitung der Entscheidungen und die Ausübung der Entscheidungsbefugnisse in der EG sind in einen schwer durchschaubaren Apparat verlagert, der sich für diese Entscheidungen sowohl der nationalen als auch der europäischen parlamentarischen Kontrolle entzieht. Die Tendenz zur inter- statt zur supranationalen Organisation hat sich verstärkt.

Die EG ist eine Gemeinschaft, in der Bürger durch die nationalen Staatsangehörigkeitsrechte rechtlich und politisch diskriminiert werden. Die Verträge haben die Bürger bestenfalls zu Marktbürgern gemacht, die nur vor wirtschaftlichen Diskriminierungen geschützt werden. Sie können an der politischen Meinungs- und Willensbildung nicht teilnehmen. Sie sind rechtlich und politisch diskriminiert.

Die Wirtschafts- und Währungsunion ist zu einer geschlossenen Gesellschaft der wohlhabenden Staaten geworden, in der die politische

Integration zu wenig Fortschritte macht. Die Vorstellung, die den Römischen Verträgen zugrunde lag, daß die wirtschaftliche Integration zwangsläufig zur politischen führen würde, hat sich nicht erfüllt. Die wirtschaftliche Integration in der EG hat die ökonomischen Ungleichgewichte zu anderen demokratisch verfaßten Staaten Europas noch größer gemacht. Diese sozial-ökonomischen Ungleichgewichte sind ein Hinderungsgrund für den alsbaldigen Beitritt insbesondere Griechenlands, Portugals und der Türkei.

Die europäische Integrationspolitik muß daher erneuert werden:

- Das direkt gewählte Europäische Parlament muß Befugnisse - das Kontroll-, Haushalts und Investiturrecht - bekommen.
- Die supranationale Organisation der Gemeinschaft muß ausgebaut werden
- Dem Gemeinschaftsbürger sind besondere Rechte zuzuerkennen, die seine rechtliche und politische Diskriminierung beseitigen.

Seine Position gegenüber den Gemeinschaftsorganen muß in den Verträgen gestärkt werden.

Rechtsakte der Gemeinschaft müssen der Menschenrechtskonvention unterworfen sein.

Dem Gemeinschaftsbürger ist der direkte Prozeßweg, sich mit einer Grundrechtsbeschwerde an den Europäischen Gerichtshof wenden zu können, zu eröffnen.

Dem Gemeinschaftsbürger sind von den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft besondere Rechte zuzuerkennen, die ihre rechtliche und politische Diskriminierung gegenüber den jeweiligen Staatsangehörigen aufheben. Er soll insbesondere an der politischen Meinungs- und Willensbildung mindestens auf kommunaler Ebene beteiligt werden.

- Die EG darf keine geschlossene Gesellschaft der reichen europäischen Länder bleiben. Daher müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, daß Griechenland, Portugal und die Türkei so rasch als möglich der EG beitreten können.

(-/6.5.1977/kr/ja)

+ + +

Vieles bewirkt und viel erreicht

Vater des "Staatsbürgers in Uniform" wird 70 Jahre alt

Von Karl Wilhelm Berkhan

Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

Am 8. Mai 1977 wird Generalleutnant a.D. Wolf Graf von Baudissin 70 Jahre alt. Er wurde 1951 als einer der ersten ehemaligen Wehrmacht-Offiziere Mitarbeiter der "Dienststelle des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der Alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen", des sogenannten Amtes Blank.

Vor zehn Jahren ist Graf Baudissin als stellvertretender Chef des Generalstabes des Alliierten Oberkommandos Europa (SHAPE) aus dem aktiven Militärdienst ausgeschieden.

Zusammen mit anderen "Soldaten der ersten Stunde" hat Graf Baudissin das Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform" entworfen und gegenüber einer anfangs mehr als skeptischen Öffentlichkeit vertreten. Dafür ist ihm - gemeinsam mit den Generalen de Mezière und Graf Kielmansegg - 1964 der "Freiherr-vom-Stein-Preis" zuerkannt worden, mit dem zugleich das Konzept der Inneren Führung der Bundeswehr als eine "sach- und zeitgemäße Führungsordnung" ausgezeichnet worden ist.

Graf Baudissin hat heute Anlaß, mit Zufriedenheit auf Errichtung und Entwicklung der Bundeswehr zurückzusehen. Er hat dazu beigetragen, daß vieles von den Vorschlägen, die er im Amt Blank erarbeitet hat, vom Parlament aufgegriffen und in Gesetzesform gegossen wurden.

Unsere Wehrverfassung, insbesondere auch das Soldatengesetz, bewährt sich inzwischen seit mehr als zwei Jahrzehnten. In meinem Jahresbericht für 1976 komme ich zusammenfassend zu dem Urteil: "Wie in den Vorjahren

ist auch für das Berichtsjahr festzustellen, daß die verfassungsmäßig geschützten Grundrechte der Soldaten durch Vorgesetzte im wesentlichen beachtet wurden.*

Ich denke, daß Graf Baudissin viele Jahre lang darauf hingearbeitet hat, daß die neu zu errichtenden deutschen Streitkräfte eines Tages diese positive Bewertung erfahren würden. Es war ursprünglich ja in der Tat eine Vision nur weniger, auch dem Soldaten die staatsbürgerlichen Rechte im wesentlichen und wo immer möglich zu belassen. Auch ich habe aus eigener Kriegserfahrung seit 1945 zu jenen gehört, die sich erneuten Militärdienst nur unter dieser Prämisse und begrenzt auf Friedens-Sicherung vorzustellen vermochten.

Graf Baudissin ist nicht müde geworden, das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform nach außen und innen auf Tagungen und Konferenzen, in Ausschuß-Sitzungen und Stabsbesprechungen zu vertreten und weiterzuentwickeln. Das Konzept ist gelungen, mehr noch: Unsere demokratische Wehrverfassung ist so selbstverständlich geworden, daß die zweite Generation der Wehrpflichtigen - geboren nach Einberufung der ersten Wehrpflichtigen - sich gar nicht vorstellen kann, daß viele markante Charakteristika unseres Truppenalltags je strittig gewesen sein sollen. So erlebe ich immer wieder ungläubiges Staunen, wenn ich bei Truppenbesuchen dem Wehrpflichtigen ins Bewußtsein habe, welche Errungenschaft es bedeutet, daß seine Menschenwürde geschützt, seine Glaubens- und Gewissensfreiheit respektiert, seine Informationsfreiheit gesichert, seine Koalitionsfreiheit garantiert, sein Briefgeheimnis geschützt und sein aktives und passives Wahlrecht gewährt sind. Daß für Soldaten in anderen deutschen Streitkräften je anderes gelten haben könnte und noch gilt, wissen von den Jungen nur noch wenige.

Vielleicht sollte man sich über die unbekümmerte Selbstverständlichkeit, mit der unsere Soldaten aller Dienstgradgruppen ihre staatsbürgerlichen Rechte in Anspruch nehmen, mehr freuen als wundern. Denn solches Verhalten ist zwar Ausdruck beklagenswert mangelnden Geschichtsbewußtseins, zugleich aber Beweis für die Normalität des Denkens und Handelns in der Bundeswehr. Und eben auf solche Normalität hat auch Graf Baudissin stets hingewirkt.

Sicherlich bleibt die Bundeswehr auch heute in mancher Hinsicht hinter den Erwartungen und Zielvorstellungen Graf Baudissins zurück - wie könnte es anders sein. Leitbilder müssen angestrebt werden, sie werden nie erreicht. Kommt man ihnen nahe, so sind sie schon wieder auf sich entfernendem Weg. Stete Mühe gehört zum Leitbild des Bürgers in Uniform und immerwährende Bereitschaft zum Lernen ist Voraussetzung für die Innere Führung.

Das Ziel wird nie erreicht, dennoch meine ich: Beim Neubau deutscher Streitkräfte hat Graf Baudissin vieles bewirkt und viel erreicht.

(-/6.5.1977/kb/lo)